

betreffend Folge der gescheiterten linken Asylpolitik? Asylunterkunft auf dem Erlenmattplatz belastet Kleinbasler Bevölkerung

Einer Medienmitteilung vom 23. Mai 2023 ist zu entnehmen, dass für Asylbewerber auf dem Erlenmattplatz temporäre Wohn- und Schulräume geschaffen werden. Ursprünglich war vorgesehen, dass diese Unterkünfte ausschliesslich den aus der Ukraine geflüchteten Personen mit Schutzstatus S zur Verfügung gestellt werden.

Da sich die Prognosen betreffend den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine nicht bewahrheitet haben, sind diese Unterkünfte in der im Herbst 2022 vorgesehenen Grössenordnung nun doch nicht notwendig.

Da nun aber, aufgrund der mangelnden Grenzkontrollen und dem laschen schweizerischen und europäischen Asylsystem, zunehmend mehr Wirtschaftsmigranten aus anderen Regionen der Welt in die Schweiz kommen, wird die Unterkunft plötzlich für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) benötigt. Es ist vorgesehen, dass 25 Plätze für diese UMAs für maximal fünf Jahre zur Verfügung gestellt werden, statt die im Kanton eigentlich vorhandenen Zivilschutzanlagen zu benutzen.

Diese Ankündigung hat in der Quartierbevölkerung grossen Unmut ausgelöst, ging man doch zuerst davon aus, dass diese Unterkünfte ausschliesslich Flüchtlingen mit Schutzstatus S und nicht Wirtschaftsmigranten – zumeist ohne Asylgrund – zur Verfügung gestellt werden. Hinzu kommt, dass es im Zusammenhang mit UMAs bereits an anderer Stelle – namentlich rund um die Dreirosenanlage – zu erheblichen Konflikten, Gewalt- und Straftaten gekommen ist. Die Situation wird sich wohl auch rund um den Erlenmattplatz – wo viele junge Familien leben – nicht zwingend anders verhalten.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat daher um die Beantwortung der nachstehenden Fragen:

1. Weshalb wird die nun geschaffene Unterkunft auf dem Erlenmattplatz nicht entsprechend verkleinert und so das Versprechen eingehalten, dass lediglich ukrainische Kriegsflüchtlinge mit Schutzstatus S dort unterkommen?
2. Ist bereits bekannt, welche unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) dort unterkommen? (Falls ja, bitte einzelne Angabe von Alter, Nationalität und Status)
3. Wie wird sichergestellt, dass die UMAs dort, nicht wie an bekannten Hotspots wie bspw. der Dreirosenanlage, verantwortlich für Konflikte, Gewalt und andere Straftaten sind?
4. Ist hierfür ein verstärkter Einsatz von Sicherheitskräften (Polizei, Dritte) notwendig?
5. Weshalb erachtet es der Regierungsrat nicht zielführender, angesichts der massiven Migrationswelle, die aktuell auf Europa überschwappt, die eigentlich dafür vorgesehenen Zivilschutzanlagen zu öffnen und so die Bevölkerung zu entlasten?
6. Welche Kosten entstehen für den Kanton für die Errichtung und Unterhalt dieser Unterkunft? (Bitte nach Möglichkeit Kosten separieren nach Plätzen für Ukrainer und Anderen).
7. Sind in den kommenden Monaten weitere Asylunterkünfte in Quartieren geplant? Falls ja, wo und wann?
8. Wie will der Regierungsrat sich beim Bundesrat dafür einsetzen, dass die missratene linke Asylpolitik, welche zu einer unkontrollierten Zuwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen geführt hat, korrigiert wird?

Pascal Messerli